

Die Europäische Union und die USA

Niklas Helwig und Cordelia Buchanan Ponczek*

Schlüsselwörter: Transatlantische Beziehungen, Wahlen, Sicherheitspolitik, Handelspolitik

Die transatlantischen Beziehungen im Zeichen der zweiten Trump-Amtszeit

Mit der Rückkehr Donald J. Trumps ins Weiße Haus und der Konsolidierung der „Make America Great Again“ (MAGA)-Bewegung verschob sich das transatlantische Verhältnis: Die europäischen Partner bemühten sich, die strategische Partnerschaft mit den USA aufrechtzuerhalten, sahen sich jedoch zunehmend mit einer Politik Washingtons konfrontiert, die stärker von kurzfristigen Eigeninteressen und geringerer institutioneller Berechenbarkeit geprägt war. Zugleich zeichnete sich ab, dass die überstaatlich organisierte EU – mit ihren in den Verträgen verankerten liberalen Grundwerten – für die Trump-Administration zunehmend ein Reibungspunkt war, insbesondere wenn sie sich US-Vorstellungen etwa in Fragen der Technologie- und Marktregulierung widersetzte. Der institutionelle Rahmen gemeinsamer Politik – ob in Handel, Sicherheit oder Klimafragen – verlor an Verlässlichkeit, während die europäische Seite verstärkt gezwungen war, auf kurzfristige Impulse und unkoordinierte Entscheidungen aus Washington zu reagieren. Die zweite Amtszeit Trumps wurde damit zum Prüfstein für die Resilienz der EU in einem internationalen Umfeld, das stärker von Machtpolitik als von normativen Ordnungsansprüchen geprägt ist.

MAGA gewinnt

Die politischen Entwicklungen in den USA waren durch die Wiederwahl Donald J. Trumps als US-Präsident im November 2024 geprägt. Der vorangegangene Wahlkampf kulminierte in einem außergewöhnlichen Vorgang: Präsident Joe Biden zog im Juli seine Kandidatur aufgrund innerparteilichen Druckes zurück und empfahl Vizepräsidentin Kamala Harris als Nachfolgerin; die Demokraten nominierten Harris im August formell. In der Präsidentschaftswahl siegte anschließend Trump über Harris (mit 312 Wahlmännerstimmen zu 226; Volksstimmenanteile: 49,81 Prozent zu 48,34 Prozent), womit erstmals seit George W. Bush im Jahr 2004 ein republikanischer Kandidat auch die „Popular Vote“ gewann.

Der Beginn Trumps zweiter Amtszeit im Januar 2025 war geprägt von einer stärkeren Konzentration exekutiver Macht, einer systematischen Einschüchterung von Medien, Wissenschaft und Verwaltung, sowie einer deutlich unilateral ausgerichteter Wirtschafts-, Handels- und Sicherheitspolitik. Aus europäischer Perspektive verschiebt dies das institutionelle Gleichgewicht in den USA zulasten klassischer „checks and balances“ und erhöht die Planungsunsicherheit für europäische Partner.¹

* Niklas Helwig, Leading Researcher, Finnish Institute of International Affairs; Cordelia Buchanan Ponczek, Research Fellow, Finnish Institute of International Affairs.

1 Laura von Daniels/Stefan Mair: Trumps Rückkehr und Europas außenpolitische Herausforderungen, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Studie 3, Berlin 2025.

Die innenpolitische Landschaft der USA war von einer weiteren Konsolidierung der MAGA-Bewegung geprägt. Nach dem Wahlsieg Trumps stabilisierte sich das von ihm dominierte republikanische Lager – unterstützt von einer klaren Mehrheit im Repräsentantenhaus und einer knappen Mehrheit im Senat – als dominierende politische Kraft. Die MAGA-Bewegung hat sich zu einer dauerhaften politischen Strömung entwickelt, die Partei und politische Kultur nachhaltig prägt. Sie verbindet wirtschaftlichen Nationalismus mit kulturkonservativen Positionen, Misstrauen gegenüber Institutionen und internationaler Kooperation sowie einer starken Betonung exekutiver Autorität.

Gleichzeitig fiel die Demokratische Partei in eine Phase strategischer Orientierungslosigkeit. Der spät im Wahlkampf vollzogene und unvorbereitete Rückzug Bidens und die gescheiterte Kandidatur von Harris hinterließen ein geschwächtes Partei- und Wählergefüge. Der Demokratischen Partei gelang es bislang kaum ein überzeugendes Gegenangebot zur populistischen Agenda der Republikaner zu formulieren. Anstatt ihren traditionellen Vorteil in der Arbeiterklasse auszuspielen – 60 Prozent der Bevölkerung ohne College-Abschluss haben für Trump gestimmt – hatte sich die Partei lange auf Identitätspolitik, politische Korrektheit und eine liberalere Migrationspolitik konzentriert.² So treten Demokraten häufig als reaktive Verteidiger des Status quo auf, während die Republikaner das politische Narrativ über Wandel und „Handlungsfähigkeit“ dominieren.

Diese Verschiebung des politischen Koordinatensystems hat auch transatlantische Implikationen. Der Erfolg des MAGA-Lagers stärkt politische Akteure in Europa, die auf nationale Souveränität, kulturelle Identität und Skepsis gegenüber supranationalen Regierungsformen setzen. Für die EU bedeutet dies, dass sich normative Gemeinsamkeiten mit Washington zunehmend verengen und sie stärker selbst als Garant der liberal-demokratischen Ordnung auftreten muss, wenn sie diese erhalten will.

Strömungen in der zweiten Trump-Administration

In den ersten Monaten der zweiten Trump-Administration zeichnete sich eine deutlich fragmentierte außen- und sicherheitspolitische Entscheidungsstruktur ab. Trump selbst agierte dabei weniger als ideologischer Akteur denn als transaktionaler „Dealmaker“, der Politik weitgehend als Mittel zur persönlichen Profilierung und zur Maximierung kurzfristiger Vorteile versteht. Entscheidungen entstehen offenbar häufig ad hoc, beeinflusst durch situative Erwägungen und mediale Resonanz. Seine Neigung, konkurrierende Beraterstränge gegeneinander auszuspielen, hat zu einer instabilen Form des Entscheidungspluralismus geführt, in der Loyalität mehr zählt als institutionelle Expertise. Durch Entlassungen im Staatsapparat und unzureichende Vorbereitungsprozesse wurde die Bedeutung von Persönlichkeiten und deren Einfluss auf die US-Außenpolitik nochmals verstärkt.

Vizepräsident JD Vance verkörpert die ideologisch geschlossene Strömung innerhalb der Regierung: wirtschaftsnationalistisch, kulturkonservativ und strategisch misstrauisch gegenüber Europa. Seine Auftritte, etwa auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2025, zielten weniger auf außenpolitische Kohärenz als auf innenpolitische Profilierung ab. Im Gegensatz zu Trump betont Vance langfristige machtpolitische Zielsetzungen und sieht die USA im kulturellen Konflikt mit einem als „woke“ und überreguliert wahrgenommenen Europa.

Der dritte einflussreiche Pol speist sich aus dem sicherheitspolitischen Umfeld um Verteidigungsminister Pete Hegseth und den Strategen Elbridge Colby. Diese Gruppe vertritt

2 Manfred Berg: Make the Donald Great Again: Trumps Aufstieg und Comeback in einer polarisierten Gesellschaft, Bundeszentrale für Politische Bildung, Aus Politik und Zeitgeschichte 20/2025, S. 17–23.

einen realistischen Ansatz, der China als strukturelle Hauptgefahr definiert.³ Europa und die NATO werden in diesem Denken nur noch insoweit berücksichtigt, wie sie zur Eindämmung Chinas oder zur Lastenteilung in globalen Konflikten beitragen. Außenminister Marco Rubio lässt sich hingegen eher der klassisch-republikanischen, atlantischen Strömung zuordnen, fiel jedoch durch seine Loyalität und Unterordnung gegenüber Trump auf.

Für die europäischen Partner entsteht dadurch ein Bild von inkonsistenter, personalisierter US-Außenpolitik, in der kurzfristige Transaktionen über institutionelle Prozesse dominieren. Die Folge ist eine Erosion verlässlicher Entscheidungswege, die Planungssicherheit in zentralen Politikfeldern erheblich erschwert.

Ökonomische Spannungen

Die zweite Amtszeit Donald Trumps brachte in der Wirtschafts- und Handelspolitik deutliche Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union mit sich. Trump setzte seine „America-First“-Politik in noch stärkerer Form fort und konzentrierte sich auf bilaterale, teils konfrontative Verhandlungen mit einzelnen Partnern. Für die EU bedeutete dies eine erneute Belastungsprobe für das transatlantische Verhältnis.

Mit der Unterzeichnung der sogenannten „Liberation Day“-Executive Order 14257 im April 2025 kündigte Trump pauschale Importzölle von 10 Prozent auf sämtliche Einfuhren an, wobei für die EU ein Satz von 20 Prozent vorgesehen war. Nach intensiven Verhandlungen konnte Ende Juli im schottischen Ayrshire ein Kompromiss erzielt werden: Die EU erklärte sich bereit, Zölle auf US-Industriegüter weitgehend auszusetzen und den Import von US-Energie im Umfang von 750 Mrd. US-Dollar zuzusagen. Im Gegenzug sahen die USA von weiteren Zollerhöhungen (vorerst) ab und senkten die Zollsätze gegenüber der EU auf 15 Prozent. Das Abkommen wurde von der Europäische Kommission zwar als pragmatische Lösung präsentiert, stieß jedoch auf erhebliche Kritik, da es europäische Klima- und Energieziele untergräbt und die EU in eine strukturelle Abhängigkeit von US-Flüssiggas (LNG) zu drängen droht. Jedoch gab die Gefahr eines weitreichenden Handelskonfliktes – der potenziell in sicherheitspolitische Bereiche überschlagen könnte – der Kommission Anlass, den amerikanischen Forderungen schnell entgegenzukommen, da man weiterhin auf die militärische Unterstützung der USA für die Ukraine im Abwehrkampf gegen Russland angewiesen war. Das vielfach beschworene Ziel strategischer Autonomie der EU wurde im Zuge der härteren amerikanischen Gangart in den transatlantischen Beziehungen bisher verfehlt.

Mit der weitgehenden Aufhebung von Emissionsvorgaben, dem Rückzug aus dem multilateralen Klimaabkommen von Paris und der Priorisierung fossiler Energien setzte Washington auf eine offen konfrontative Linie gegenüber der europäischen Klimapolitik. Während die USA ihre Industriepolitik zunehmend auf nationale Energieunabhängigkeit und kurzfristige Wachstumsimpulse durch Öl- und Gasexporte ausrichteten, reagierte die EU mit einer Vertiefung ihrer bereits bestehenden industriepolitischen Instrumente. Diese wurden zum Beispiel um den EU-Clean Industrial Deal erweitert, um die Wettbewerbsfähigkeit grüner Technologien und stabile Energiepreise in Europa zu sichern. Trumps Kurs stellte einen „erheblichen Rückschlag für den globalen Klimaschutz“ dar, zugleich aber auch einen Anstoß für die EU, ihre strategische Autonomie in Energie- und Klimafragen auszubauen.⁴

³ Elbridge Colby: Historische Herausforderung, in: Internationale Politik 5/2022, 29.8.2022, S. 32–38.

⁴ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Pressemitteilung, Trump dürfte globalem Klimaschutz Rückschlag versetzen – EU muss mit Green Deal Vorreiterrolle übernehmen, 22.1.2025.

Zwar verfolgten die USA und die EU im Bereich der strategischen Rohstoffe und im Rahmen der „Minerals Security Partnership“ (MSP) weiterhin das Ziel, die Versorgung mit kritischen Mineralien wie Lithium, Nickel und Seltenerdmetallen zu sichern und Abhängigkeiten von China zu verringern. Unter der zweiten Trump-Administration verlagerte sich der US-Kurs jedoch hin zu einer stärker national ausgerichteten Rohstoffpolitik, die auf bilaterale Abkommen und Exportanreize setzte.⁵ Dadurch wurde Washington zunehmend als Wettbewerber statt als Partner wahrgenommen, und die Zukunft der MSP blieb unklar. Für die EU stand somit die Frage im Vordergrund, wie sie die im Mai 2024 mit dem „Critical Raw Materials Act“ geschaffenen Rahmenbedingungen nutzen kann, um Projekte innerhalb Europas zu beschleunigen und Partnerschaften mit Drittstaaten gezielt auszubauen.

Insgesamt war das Jahr 2025 durch eine zunehmende Erosion der wirtschaftlichen und institutionellen Grundlage der transatlantischen Partnerschaft gekennzeichnet. So war etwa die Zukunft des EU–USA-Handels- und Technologierates – eine Initiative von Präsident Trumps Vorgänger Biden zur engeren transatlantischen Kooperation – hochgradig ungewiss. Stattdessen baute Washington zunehmend Druck auf, die Anwendung europäischer Digitalgesetzgebung auf US-Technologiekonzerne zu begrenzen, was Fragen nach der regulatorischen Souveränität der EU aufwirft. Misstrauen und divergierende Interessen prägten so die transatlantische Agenda.

Transatlantische Sicherheit in der Bewährungsprobe

Die zweite Amtszeit von US-Präsident Trump warf bedeutende Fragen sowohl zu aktuellen sicherheits- und verteidigungspolitischen Problemen, als auch grundsätzlich zur zukünftigen Ausgestaltung der Kooperation auf.

Die Frage, inwieweit die USA weiterhin zur Unterstützung der Ukraine im Abwehrkampf gegen Russland beitragen würden und welche Position Trump zum russischen Präsidenten Wladimir Putin einnimmt, stand ganz oben auf der Liste der europäischen Partner. Während des Wahlkampfes hatte Trump mehrfach betont, den Krieg in der Ukraine innerhalb von 24 Stunden beenden zu können, was wie erwartet nicht eintrat. Dennoch war diese Aussage in Europa mit der Sorge verbunden, dass Trump für das Ziel eines schnellen Friedens einen Deal mit Putin aushandeln könnte, welcher die Ukraine übergeht und wichtige Sicherheitsinteressen der Ukraine und Europas missachtet.

Tatsächlich waren die ersten Monate von Trumps zweiter Amtszeit davon geprägt, dass dieser zwischen einer Appeasement-Politik gegenüber Putin und wachsender Frustration über die anhaltenden russischen Angriffe auf die Ukraine schwankte. Ein katastrophal verlaufenes Treffen mit offenem Streit zwischen dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und Trump im Weißen Haus Ende Februar wurde zum Auslöser für konzertierte diplomatische Bemühungen europäischer Delegationen aus den EU-Mitgliedstaaten und dem Vereinigten Königreich, Trump in ihrem Sinne zu beeinflussen. Sie machten ihm dabei sowohl öffentlich als auch in bilateralen Gesprächen wiederholt deutlich, dass ein Friedensplan nur unter Einbeziehung der Ukraine Aussicht auf Erfolg haben könne.

Exemplarisch für diese Dynamik war eine Reihe von hochrangigen Treffen im August 2025. Mit Hoffnung auf Kooperationsbereitschaft Putins und auf einen schnellen Friedensplan für die Ukraine lud Trump den russischen Präsident Putin zu einem aufwendig inszenierten bilateralen Treffen nach Alaska ein, welches letztlich bis auf die diplomatische

5 Cordelia Buchanan Ponczek: Minerals diplomacy as geoeconomic statecraft: Implications for resource security priorities in a rapidly changing world, Finnish Institute of International Affairs, FIIA Briefing Paper 419, Helsinki 2025.

Aufwertung Russlands keine konkreten Ergebnisse brachte. Um eine mögliche negative Dynamik für die europäische Sicherheit abzufedern, setzten die europäischen Partner auf Blitzdiplomatie: Über das Wochenende wurde eine hochrangige Delegation mit den politischen Spitzen aus Deutschland, Frankreich, Italien, Vereinigtem Königreich und Finnland, sowie der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, NATO-Generalsekretär Mark Rutte und Präsident Selenskyj zusammengestellt, die am Montag – drei Tage nach dem Alaska-Gipfel – im Weißen Haus eintraf. Das Treffen wurde als Erfolg gewertet, da es die Handlungsfähigkeit der europäischen Diplomatie unter Hochdruck bewies und zumindest vorübergehend einen Einfluss auf Trump hatte, welcher sich im weiteren Verlauf negativ zu Russland äußerte. Zudem konnten die europäischen Partner fünf zentrale Forderungen formulieren, die sie für unabdingbar hielten: einen sofortigen Waffenstillstand, die Einbindung der Ukraine in alle Gespräche, keine Anerkennung russischer Gebietsgewinne, robuste Sicherheitsgarantien und langfristige Militärhilfe für die Ukraine sowie eine langfristige transatlantische Strategie, die den Druck auf Moskau garantiert.⁶ Im Sommer 2025 blieb es jedoch offen, inwieweit die USA bereit war sich diese Forderungen zu eigen zu machen.

Eine weitere Befürchtung der europäischen Regierungen war, dass Trump in einer zweiten Amtszeit alte Drohung aus der NATO auszusteigen war machen könnte, oder zumindest durch eine abwertende Haltung die Glaubwürdigkeit der Beistandsgarantie untergraben könnte. Bis kurz vor dem NATO-Gipfel im Juni 2025 blieb es unklar, welche Ergebnisse bei dem Treffen erzielt werden sollen, was auch daran lag, dass im Gegensatz zu vorangegangenen US-Regierungen interne Vorbereitungsprozesse fehlten und eine klare Weisung aus dem Weißen Haus ausblieb. Durch eine Charmeoﬀensive von europäischen Regierungen und durch NATO-Generalsekretär Rutte konnte Trump jedoch ein Bekenntnis zur NATO abgerungen werden. Dabei spielte auch ein neues Verteidigungsausgaben-Ziel von 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bis 2035 eine Rolle. 3,5 Prozent des BIP wurden für reine Verteidigungsausgaben vorgesehen und 1,5 Prozent für verteidigungsrelevante Ausgaben wie etwa Infrastrukturmaßnahmen. Während kritische Stimmen bemängelten, dass sich die europäischen Alliierten den amerikanischen Forderungen beugen würden – insbesondere der spanische Premier Pedro Sánchez übte Kritik – überwog jedoch die Erleichterung und die Erkenntnis das angesichts der Sicherheitslage ohnehin stärkere Leistungen europäischer NATO-Partner nötig seien.

In Bezug auf den Krieg zwischen Israel und der Hamas, welcher zehntausende von Todesopfern im Gazastreifen forderte, unterstützte Trump die israelische Regierung konditionslos. Gleichzeitig wurden mit Hilfe von Katar und Ägypten an einem Friedensplan gearbeitet, welcher auch Delegation Israels und der Hamas miteinbezog und im Oktober 2025 als „Trump-Friedensplan für den Nahen Osten“ in Kraft trat. Die EU blieb – auch aufgrund ihrer uneinheitlichen Position zum Nahost-Krieg – bei der Suche nach einer Friedenslösung außen vor und unternahm lediglich wichtige diplomatische Anstrengungen, um die humanitäre Lage im Gazastreifen durch Hilfslieferung zu verbessern.

Aufgrund der Rolle der Hohen Vertreterin der EU als Vermittlerin bei den Nuklear-Gesprächen mit dem Iran war die EU traditionell eine wichtige Stimme mit Bezug auf Teheran. Seit dem Austritt Trumps aus dem Atomabkommen während seiner ersten Amtszeit hatte das Format an Bedeutung verloren. In seiner zweiten Amtszeit entschied sich Trump für eine Eskalation der Politik des maximalen Drucks und ließ im Juni 2025 iranische Atomanlagen bombardieren. Die E3 – Frankreich, Vereinigtes Königreich und Deutschland

6 Tagesschau (online): Europäer bestehen auf fünf Punkten für Gespräche mit Russland, 13.8.2025.

– und darüber auch die Hohe Vertreterin wurden zwar vorab über die Militärschläge informiert; dennoch bedeutete der Schritt eine deutliche Schwächung der diplomatischen Bemühungen der EU und Iran stoppte im Anschluss die Kooperation mit der Internationalen Atomenergiebehörde. Trotz der Schwächung europäischer Diplomatie-Bemühungen, blieb eine klare Kritik am Militärschlag von Seiten der deutschen Bundesregierung aus. Angesichts des harten Vorgehens der USA in Nahen Osten, zeigte sich erneut die Schwäche der EU als Akteur in der Region und ihre Unfähigkeit zusammen mit den Mitgliedstaaten ihre Präferenz für ein nicht-militärisches Ende des Irannuklearprogrammes durchzusetzen.

Das transatlantische Verhältnis im strukturellen Wandel

Die Entwicklungen im Berichtszeitraum verdeutlichen, dass sich das transatlantische Verhältnis in einer strukturellen Übergangsphase befindet. Die Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus hat nicht nur die institutionellen Grundlagen der Zusammenarbeit belastet, sondern die Beziehungen zwischen den USA und der EU in eine neue, asymmetrische Phase überführt. Während Washington zunehmend transaktional und kurzfristig agiert, steht die EU vor der Aufgabe, ihre Position in einem internationalen Umfeld zu definieren, das sich wieder stärker an machtpolitischen Logiken orientiert. Die Zeit des „regelbasierten Westens“ scheint vorbei; an ihre Stelle tritt ein Zeitalter der Rivalität und selektiven Kooperation, in dem auch enge Partner zunehmend als Wettbewerber wahrgenommen werden.

Für die EU ergibt sich daraus die Notwendigkeit, strategische Autonomie als gesamtstrategisches Konzept zu begreifen. Europas Fähigkeit eigenständig zu handeln, hängt nicht allein von militärischen oder industriellen Ressourcen ab, sondern ebenso von politischer Geschlossenheit und institutioneller Handlungsfähigkeit.

Gleichzeitig bleibt das transatlantische Verhältnis für die europäische Sicherheit unverzichtbar. Trotz wachsender Differenzen und institutioneller Erosion bleibt die USA militärisch, technologisch und wirtschaftlich der wichtigste externe Partner der EU. Die Herausforderung für Europa besteht daher darin, Abhängigkeiten zu verringern, ohne Entkopplung zu riskieren und in einer Lage wachsender globaler Konkurrenz handlungsfähig zu bleiben. Im Jahr 2025 zeigte sich, dass diese Balance schwieriger geworden ist – zwischen Pragmatismus und Prinzipientreue, Anpassung an amerikanische Unberechenbarkeit und der Bewahrung europäischer Eigenständigkeit.

Die kommenden Jahre werden darüber entscheiden, ob die EU diese Phase als Gelegenheit nutzt, ihre Rolle als geopolitische Akteurin neu zu definieren – oder ob sie zwischen den sich verfestigenden Machtblöcken zerrieben wird. Das „Zeitalter der Imperien“⁷ ist damit auch ein Test für die politische Reife Europas; ob sie bereit ist, die eigenen Stärken in Macht zu übersetzen und ob sie den Anspruch ein globaler Gestaltungsakteur zu sein tatsächlich einlösen kann.

Weiterführende Literatur

Jana Puglierin: Noch Alliierte oder schon Gegner? Europas schwieriger Balanceakt im Zeitalter von Trump 2.0, Bundeszentrale für Politische Bildung, Aus Politik und Zeitgeschichte 20/2025, S. 35–40.

Tobias Gehrke: Brussels hold'em: European cards against Trumpian coercion, European Council on Foreign Relations, Policy Brief, Brüssel 2025.

Michael Kaeding/Johannes Pollak/Paul Schmidt (Hg.): The United States and the Future of Europe: Views from the Capitals, Cham 2025.

7 Niklas Helwig/Juha Jokela: The EU in an age of empires: A liberal geopolitical force in the making?, Finnish Institute of International Affairs, FIIA Briefing Paper 410, Helsinki 2025.